

meinschaften sowie den Wahlvorschläge einbringenden Bürgern zur Verfügung stehen.

(2) Die Absicht einer Listenvereinigung ist der Wahlkommission des Wahlgebietes bis zum 31. März 1990 schriftlich zu erklären.

(3) Die Wahlvorschläge sind gemäß § 12 des Wahlgesetzes innerhalb von drei Tagen zu prüfen. Ergeben sich Anhaltspunkte dafür, daß ein Wahlausschluß gemäß § 9 Absatz 2 des Wahlgesetzes erforderlich sein könnte, ist eine unverzügliche Prüfung und Entscheidung durch das bei der Wahlkommission der DDR bestehende Präsidium zu beantragen.[^] Werden Parteien, andere politische Vereinigungen und Organisationen, Bürgerbewegungen und -gemeinschaften von der Wahl ausgeschlossen, sind diese darüber schriftlich durch die Wahlkommission, die den Antrag gestellt hat, zu informieren.

§ 8

(1) Die Wahlvorschläge einschließlich der im § 11 Absatz 4 des Wahlgesetzes geforderten Angaben, Erklärungen und Bescheinigungen sind bis spätestens 6. April 1990 bei der zuständigen Wahlkommission einzureichen.

(2) Die Prüfung und wahlkreisweise Registrierung der Wahlvorschge durch die zuständigen Wahlkommissionen sind innerhalb von 3 Tagen, spätestens bis zum 9. April 1990 abzuschließen. Entscheidungen der übergeordneten Wahlkommissionen gemäß § 12 Absatz 5 des Wahlgesetzes gegen Entscheidungen der Wahlkommissionen sind spätestens bis zum 15. April 1990 zu treffen.

(3) Die zuständige Wahlkommission veröffentlicht die Wahlvorschge wahlkreisweise spätestens am 18. April 1990 in geeigneter Weise.

(4) Nach ihrer amtlichen Veröffentlichung können Wahlvorschge nicht mehr geändert oder zurückgenommen werden.

(5) Wenn ein Kandidat verstirbt oder seine Wählbarkeit verliert, ist eine Nachnominierung gemäß § 13 Absatz 3 des Wahlgesetzes bis zum 26. April 1990 möglich.

§ 9

(1) Die Bestimmung der Wahlkreise durch die jeweilige Wahlkommission gemäß § 7 des Wahlgesetzes und ihre öffentliche Bekanntgabe erfolgen bis zum 27. März 1990.

(2) Die Festlegung und die Veröffentlichung der Stimmbezirke und der Wahllokale durch die Wahlkommissionen der Städte, Stadtbezirke und Gemeinden muß bis spätestens 6. April 1990 erfolgen.

§ 10

(1) Die Wahlkommissionen der Städte, Stadtbezirke und Gemeinden bilden auf der Grundlage der bis zum 11. April 1990 eingereichten Vorschge von Parteien, anderen politischen Vereinigungen und Organisationen, Bürgerbewegungen und -gemeinschaften sowie interessierten Wahlberechtigten die Wahlvorstände der Stimmbezirke bis zum 21. April 1990.

(2) Die Vorsitzenden und Stellvertreter der Vorsitzenden der Wahlvorstände sind bis zum 28. April 1990 über die wahlrechtlichen Bestimmungen, die für die Durchführung der Wahlhandlung und die Feststellung der Ergebnisse der Stimmenabgabe festgelegt sind, durch Mitglieder der Wahlkommissionen zu unterweisen.

m.

Sicherung des Wahlrechts

§ 11

(1) Alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die gemäß § 3 des Wahlgesetzes wahlberechtigt sind, werden am Ort ihrer Hauptwohnung in das Wählerverzeichnis des betreffenden Stimmbezirkes aufgenommen.

(2) Alle gemäß § 3 Absatz 2 des Wahlgesetzes wahlberechtigten Ausländer können sich auf eigenen Wunsch bis zum 4. Mai 1990, 16.00 Uhr, in das Wählerverzeichnis des Stimmbezirkes aufnehmen lassen, in dem sie entsprechend ihrer Aufenthaltsgenehmigung oder Aufenthaltserlaubnis ihren Wohnsitz in der DDR haben.

§ 12

(1) Die Rte der Bezirke und Kreise gewährleisten, daß die Wählerverzeichnisse rechnergestützt durch die Einwohnerdatenspeicher bis spätestens 15. April 1990 hergestellt und an die Rte der Städte, Stadtbezirke und Gemeinden übergeben werden. Die Wählerverzeichnisse sind in zwei unterschiedlich gekennzeichneten Exemplaren auszufertigen.

(2) Gleichzeitig mit den Whlerverzeichnissen sind die schriftlichen Benachrichtigungen über die Eintragung in das Wählerverzeichnis (Wahlbenachrichtigungen) herzustellen und mit den Whlerverzeichnissen zu übergeben.

§ 13

Die Rte der Städte, Stadtbezirke und Gemeinden sichern mit allen an der Wahl beteiligten Parteien, anderen politischen Vereinigungen und Organisationen, daß jedem wahlberechtigten Bürger der DDR bis zum 26. April 1990 die Wahlbenachrichtigung übermittelt wird.

§ 14

Stellen Bürger fest, daß die Wahlbenachrichtigung fehlerhafte Angaben enthält, können sie sich an den zuständigen Rat wenden und die Berichtigung fordern.

§ 15

(1) Die Wählerverzeichnisse sind in der Zeit vom 15. bis 29. April 1990 öffentlich zur allgemeinen Einsichtnahme auszulegen. Die Rte der Städte, Stadtbezirke und Gemeinden veranlassen bis zum 12. April 1990 darüber eine ortsübliche Mitteilung, aus der Ort und Zeit der Auslegung sowie die Möglichkeit des Einspruchs gegen das Wählerverzeichnis gemäß § 20 des Wahlgesetzes hervorgehen.

(2) ber die von den Wählern beantragten Berichtigungen und Ergänzungen haben die zuständigen Rte bis spätestens 4. Mai 1990, 16.00 Uhr, zu entscheiden.

§ 16

Berichtigungen von Schreibfehlern bei Namen, Geburtsdaten bzw. Wohnanschriften sind auf Antrag des Bürgers im Wählerverzeichnis vorzunehmen, nachdem eine Abstimmung mit Meldestellen der Deutschen Volkspolizei, bzw. Standesämtern vorgenommen wurde.

§ 17

Streichungen im Wählerverzeichnis sind nur zulässig, wenn

- eine Mitteilung eines örtlichen Rates über die Aufnahme des Bürgers oder des Ausländers in das dortige Wählerverzeichnis vorliegt;
- der Bürger oder Ausländer verstorben ist;
- eine Mitteilung der zuständigen Meldestelle der Deutschen Volkspolizei vorliegt, daß der Bürger oder Ausländer abgemeldet ist;
- der Bürger entsprechend § 3 des Wahlgesetzes nicht wahlberechtigt ist bzw. sein Wahlrecht ruht;
- bei Ausländern nach dem Einträgen in das Wählerverzeichnis darüber informiert wurde, daß gemäß § 3 Absatz 4 des Wahlgesetzes das Wahlrecht ruht.

§ 18

(1) Die Wählerverzeichnisse sind am 4. Mai 1990, 16.00 Uhr, unter Kontrolle von mindestens zwei Mitgliedern der zuständigen Wahlkommission zu schließen.